

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Varol Karaaslan

**Internationale Zustellungen nach der EuZVO
und der ZPO und ihre Auswirkungen auf die
Anerkennung der Entscheidungen**

D 6 (Diss. Universität Münster (Westfalen))

Shaker Verlag
Aachen 2007

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 2007

Copyright Shaker Verlag 2007

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8322-6842-8

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Zusammenfassung

Das Zustellungsrecht versucht, die Interessen des Zustellungsveranlassers und des Zustellungsempfängers auszubalancieren. Dabei sind der Gehöranpruch des Zustellungsempfängers und der Justizgewährungsanspruch des Zustellungsveranlassers besonders wichtig. Von daher stehen Zustellungsvorschriften und deren Anwendung im unmittelbaren Verhältnis mit Menschenrechten, was als Ergebnis mit sich bringt, dass eine menschenrechtskonforme Auslegung und Handhabung der Zustellungsvorschriften notwendig ist.

Die Europäische Zustellungsverordnung v. 29.5.2000 (Verordnung (EG) Nr. 1348/2000) stellt der Schwerpunkt dieser Arbeit dar. Das besondere Ziel der Europäischen Zustellungsverordnung ist die Verbesserung und Beschleunigung von Zustellungen. Die Arbeit untersucht, ob die Vorschriften der EuZVO für dieses Ziel geeignet sind. Dabei werden die Probleme, die in den ersten Jahren der EuZVO aufgetaucht sind, konkretisiert und der Änderungsvorschlag der Europäischen Kommission wird kritisch behandelt. Anschließend wird versucht, herauszufinden, welche Änderungen für ein zusammenwachsendes Europa – mit neuen Mitgliedstaaten – bezüglich der Zustellungen angebracht wären.

In vielen Rechtsordnungen sind trotz der bi- und multilateralen Verträge fiktive Inlandzustellungen für die im Ausland wohnhaften Personen zulässig. Die Arbeit untersucht fiktive Zustellungsmethoden im Beispiel von der öffentlichen Zustellung, der Zustellung durch Aufgabe zur Post und der berühmten französischen remise au parquet und behandelt die Frage, ob fiktive Zustellungen nach dem Inkrafttreten der EuZVO immer noch zulässig und geboten sind.

Einen anderen wichtigen Punkt der Arbeit bilden die Auswirkungen der Zustellungsfehler des verfahrenseinleitenden Schriftstücks im Anerkennungsverfahren. Nach dem Inkrafttreten der EuGVVO stellt sich besonders die Frage, welche Bedeutung nun im europäischen Rechtsraum der Ordnungsmäßigkeit der Zustellungen zukommt. Die Arbeit erläutert neue Ordnungsmäßigkeitsanforderungen des Art. 34 EuGVVO anhand konkreter Beispiele. Gleichzeitig werden auch die anderen wichtigen Probleme in diesem Bereich, namentlich die Folgen einer ohne Übersetzung erfolgte Zustellung und die Rechtsbehelfsobliegenheit des Beklagten behandelt. Die Arbeit versucht, auf die Frage eine Antwort zu finden, ob die Zustellung des Versäumnisurteils in jedem Falle die Rechtsbehelfsobliegenheit des Beklagten auslösen kann oder ob auch diese Zustellung bestimmten Ordnungsmäßigkeits- und Rechtzeitigkeitserfordernissen entsprechen muss. Diese Thematik ist auch deshalb aktuell, weil die Rechtsbehelfsobliegenheit im autonomen deutschen Recht nicht besteht. Ob dieser Unterschied zwischen dem europäischen Recht und dem autonomen deutschen Recht vertretbare Gründe hat, wird dabei untersucht.

Abschließend werden im Anwendungsbereich der Verordnung zur Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen die Mindeststandards für die Zustellungen behandelt.